

Der Courier
Die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Preis: \$2.50 für Kanada, \$3.50 für Ausland.
Im Voraus bezahlt: \$2.00

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language
Issued every Wednesday
Subscription price:—
In Canada \$2.50
to foreign countries \$3.50
If paid in advance.
Canada \$2.00
1835 Halifax Street, Regina.

24. Jahrgang. 14 Seiten. Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 18. März 1931. 14 Seiten. Nummer 20.

Eröffnung des canadischen Parlaments in Ottawa

Sowjets drohen mit Vergeltung

Die Drohung soll sich hauptsächlich gegen die Ver. Staaten und Canada richten

Moskau. — Vergeltungsmaßnahmen, die durch Verschärfung des hier tagenden letzten Allrussischen Sowjetkongresses gebilligt wurden und augenblicklich gegen die Einfuhr aus den Ver. Staaten nach Sowjet-Russland gerichtet sind, haben in politischen und diplomatischen Kreisen zu vielen Mutmaßungen Anlaß gegeben. Der Grund herrscht vor, daß die Sowjetregierung nach den Ver. Staaten und Canada, bemitleidet ist, ihre industriellen Leistungen von Amerika nach anderen Ländern, besonders nach Deutschland und England, zu verlegen.

Bei der Verschärfung der Vergeltungsmaßnahmen ist zwar kein Land ausdrücklich erwähnt, doch allgemein wird angenommen, daß sie auf die Ver. Staaten und Canada abzielt. Die Verschärfung beschränkt sich auf die Einfuhr von Waren, die in der Vorwoche und 1927/28 mehr als Anfang März vorigen Jahres.

Den Verhandlungen nach ist ein Uebereinkommen von beträchtlicher Wichtigkeit von einer Gruppe deutscher Großindustriellen erzielt worden, die von hier nach Berlin zurückgekehrt sind. Es heißt, die Deutschen hätten sich verpflichtet, den Sowjet-Industriellen Maschinen und andere Waren zu liefern, die früher aus Amerika importiert wurden. Auch wird in offiziellen Kreisen die Vermutung ausgesprochen, daß zwischen Sowjetrussen und britischen Industriellen ein für die nächste Regierung

Oesterreich-Deutscher Zollverein erwünscht

Wien. — Nachrichten über den Abschluß eines Zollvereins zwischen Deutschland und Oesterreich haben seit dem Besuch des deutschen Außenministers Dr. Curtius in der letzten Woche weite Verbreitung gefunden. Nun erklärte hohe Staatsbeamte schlussend, ein solcher Zollverein sei nicht zu Stande gekommen. Sie gingen noch weiter und behaupteten, die Frage sei in den Verhandlungen zwischen Dr. Curtius und dem österreichischen Außenminister Johannes Schober überhaupt nicht aufgeworfen worden, so könne denn auch von der Unterzeichnung einer Zollkonvention nicht die Rede sein.

Es wurde daraufhin nicht in Abrede gezogen, daß ein solches Uebereinkommen für Oesterreich von großem Wert sein würde, aber geltend gemacht, ein solcher Schritt sei zur Zeit politisch nicht ratsam. Da die Einmündung gewisser österreichischer Währungen gegen eine solche Verständigung zu gewärtigen stünden.

Kleine Entente eine Militärallianz

Die Ungerechtigkeit der Extremierung von 18 Millionen Angern

Rom. — Der Abgeordnete Antonio Ferrara sprach in der italienischen Kammer die kleine Entente als eine Militärallianz unter Leitung eines französischen Generals und als eine Gefahr für den Frieden.

Am Verlaufe der Debatte über den Etat für auswärtige Angelegenheiten sprach der Abgeordnete die Ueberzeugung aus und behauptete sie durch die weitere Erklärung, der britische Außenminister Arthur Henderson sei der gleichen Meinung. Ferrara betonte, Italien unterhalte zu Deutschland und Oesterreich enge Beziehungen, die sich noch enger gestalten würden, aber dies bilde in keinem Sinne eine Allianz.

Der Abgeordnete tadelte ferner das Verhalten Frankreichs auf dem London-Vertrag (dem von den Alliierten und Ungarn nach dem Versailler unterzeichneten Vertrag) und befürwortete die Revision des Vertrages. Italien plane nicht die Bildung eines Abkommens, sei aber nicht

Canada soll akute Krise in allgemeiner Weltnot erspart geblieben sein

Behauptet Rt. Hon. Lyman P. Duff in Thronrede vor den Volksvertretern

Zum ersten Male fungierte ein Canadier als Vertreter Seiner Majestät des Königs bei Parlamentsöffnung

Ottawa. — Mit dem bei solchen Gelegenheiten üblichen Prunk wurde das canadische Parlament, Unterhaus wie Senat, am 12. März eröffnet. Zum ersten Male in der Geschichte Canadas vertrat ein Canadier Seine Majestät den König bei der Parlamentsöffnung. Es war nämlich der stellvertretende Chefrichter des Obersten Gerichtshofes Canadas, Rt. Hon. Lyman P. Duff, der die Thronrede verlas. Sie ist folgenden Inhalts:

„Ich begrüße Sie zu einer Zeit, da die Völker der Welt eine Periode starker wirtschaftlicher Depression durchzumachen haben. Canada ist dieser Depression nicht entgangen. Aber die canadische Bevölkerung hat die Prüfungen mit Geduld und Tapferkeit ertragen und nicht mit Mut und Vertrauen, die über jede Schwere triumphierten müssen, in die

Zukunft. In Zeiten des Wohlstandes waren die Canadier geübt, Unterdrückung zu ertragen. In diesen Zeiten des allgemeinen Elends und der Not, die durch die Weltnotlage die nördliche Hälfte der Welt ertragen müssen, Canada erpart geblieben ist, wird Sie nicht blind machen der anderen Wahrheit gegenüber, daß von allen denen, welchen die Wohlthat der Nation anvertraut ist, zwischen dem Zustand des Landes, wie er ist und wie er sein soll, ein Abgrund überbrückt werden muß.

„Mannigfaltig und groß sind die Probleme, welche zwischen uns und dem wirklichen Gedulden stehen. Um sie zu lösen zu können, muß man sie erkennen. Bewusstheit von Ursache und Wirkung vermag nur die Lösung. Die Regierung hat die Pflichten der Schweregefühle geprüft und ist der festen Ueberzeugung, daß viele unserer Probleme nicht aus der Zeit der ganzen Welt herrühren, sondern daß ihre Anfänge weiter zurückzuführen sind und daß im Lande selbst begründete Ursachen auch weitgehend zu berücksichtigen sind. Die Regierung hat, unter der es steht, diese Ueberzeugung bewahrt. Die Minister bei der im September vorigen Jahres abgehaltenen Parlamentsversammlung, die der Wahrung der Schweregefühle unseres Industriewesens durch Einführung damals möglicher Zolltarifänderungen, die ihrer Meinung nach große Sicherheit gegen eine schädliche Weltkonkurrenz gewähren sollten, zu befehligen.“

(Fortsetzung auf Seite 4)

Stürmische Begeisterung für Gandhi

Hunderttausend Inder bereiteten ihm in Ahmadabad einen glänzenden Empfang

Ahmadabad, Indien. — Daraus, daß sie ihn nicht hörten, sie waren gekommen, um ihn zu sehen. Als er mit seiner Rede fertig war, gab es ein zweites großes Getöse, bevor er hindurchzukommen vermochte. Als er endlich aus der Menge auftrat, hingen ihm die Hände über dem Kopf. Er hatte gesagt, daß er nicht zu der kommenden zweiten Indienkonferenz hinzugezogen werden würde, falls der demnachst in Karachi abzuhaltende Allindienkongress sein Abkommen mit Lord Irwin nicht gutheißen sollte.

Der Zeitungsleuten erklärte er auf Betragen, daß er seine Unterhandlungen mit dem Vizekönig nicht als Einzelperson, sondern als Vertreter und Mitglied des Allindienkongresses empfing habe.

Am den neuen deutschen Panzerkreuzer

Berlin. — Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat die erste Jahresrate von 11 Millionen Mark für den Bau des Panzerkreuzers P, eines der vier 10.000-Tonnen-Kreuzer, deren Bau Deutschland nach dem Versailles-Vertrag gestattet ist, bewilligt. Gegen die Bewilligung stimmten die Kommunisten, während sich die Sozialisten im Ausschuß der Stimmgabe enthalten. Am Plenum des Reichstages dürfte die Angelegenheit auf heftige Expedition führen, und die Gutheißung der Bewilligung in der Schlussabhandlung ist durchaus noch nicht sicher.

Der Kreuzer „P“, besser bekannt als „Erfolg Kreuzer“, der erste dieser Schiffskategorie von „Schlachtschiffen in Westentaschenform“, geht auf der Werft der Kaiserlichen Werft in Danzig unter der Leitung von Kapitän v. Siedow entworfen und soll im Sommer des Jahres V. Stapel gelassen werden. Der Steueransatz des Reichstages ist ein Antrag der Sozialisten auf alle Einnahmen von über 20.000 Mark verdoppelt werden soll. Die Sozialisten hatten ihre Zustimmung zu der Bewilligung der ersten Jahresrate von 11.000.000 Mark für den Bau des Panzerkreuzers P von der Annahme dieses Antrags abhängig gemacht und ründermaßen erklärt, falls der Kreuzer überhaupt gebaut werden sollte, so seien die Kosten von den Reichen des Landes und nicht von den Armen aufzubringen. Nach dem Antrag wird die Zuschlagssumme zur Einkommensteuer von 20.000 Mark und mehr von 5 auf 10 Prozent erhöht.

Reichsminister fordert Rüstungsgleichheit

Wilhelm Gröner schildert die Schlagfertigkeit des französischen Heeres und betont Deutschlands Recht auf Sicherheit

Berlin. — Reichswehrminister Wilhelm Gröner sagte vor dem Finanzausschuß des Reichstages, Frankreich hätte noch nicht einmal den Anfang zur Abrüstung gemacht und im Gegenteil durch die neue Art seiner Heeresorganisation das stärkste und am leichtesten zu mobilisierende Kriegsinstrument in der ganzen Welt geschaffen.

„Wir haben in einem Umfang abgerüstet, wie folches die Welt nicht erlebt“, erklärte er. „Zudem ist an die Neuerungen des französischen Kriegsministers Andre Magot erinnert, daß noch eine stärkere Kontrolle der Bewaffnung der zur Angriff geeigneten Völker eingeführt werden sollte, erklärte er, daß dies, soweit Deutschland in Frage komme, ohne Sinn wäre, da der Versailles-Vertrag, der die Teile von Deutschlands Kriegsschuld aufwies, solange durch die internationale Gerechtigkeit als haltlos verurteilt worden sei. „Wir haben keinen Grund uns vor einer wirklich unparteiisch aufgebauten internationalen Kontrollbehörde zu fürchten, wie sie die deutsche Regierung von jeher gefordert hat.“ fügte er hinzu.

Leichter Rückgang der deutschen Arbeitslosigkeit

Berlin. — Der erste Monatsbericht seit Eintritt der arge Wirtschaft in Deutschland, und in einer offiziellen Statistik auf, wo es ersehen ließ, daß am 28. Februar im Deutschen Reich 19.000 Erwerbslose weniger zu finden waren als vierzehn Tage vorher. Ende Februar waren aber immer noch 4.972.000 Personen in Deutschland arbeitslos.

Große Sowjetaufträge für deutsche Industrie?

Deutsche Fabrikanten kehren mit dieser Nachricht aus Rußland nach Berlin zurück

Berlin. — Die Möglichkeit eines Neuauftrags der deutschen Industrie unter dem Vorzeichen großer Aufträge aus Sowjet-Rußland wurde nach der Rückkehr einer Gruppe deutscher Industrieller aus der Sowjetrepublik in politischen und finanziellen Kreisen eifrig besprochen. Die Abendblätter veröffentlichten Berichte, laut denen die Sowjetregierung den deutschen Stahl- und Maschinenindustriellen bereits Aufträge im Gesamtwert von 300 Millionen Mark erteilt haben soll, vorausgesetzt, daß sich nach Zahlung von 20 Prozent durch Rußland für den Auftragsbetrag langfristige Kredite arrangieren lassen. Die Berichte enthalten zwar noch der offiziellen Bestätigung, immerhin regierte auf die Nachricht hin die Börse stark, und die Aktien der Schwerindustrie stiegen durchweg mehrere Punkte an.

Nachdem die Delegation unter Führung des westbaltischen Industriellen Peter Wöhrer nach Berlin zurückgekehrt war, sprach sie im Laufe des Tages bei Reichskanzler Heinrich Brüning vor, um dann später mit dem Vizepräsidenten des Reichsausschusses für auswärtigen Handel und dem Reichsaussenminister Dr. Curtius nahmen die Herren das Gabelstift ein. Obgleich von der Gruppe keine offizielle Erklärung abgegeben wurde, nahmen einzelne Mitglieder derselben keinen Anstand, sich über die Möglichkeit der Erlangung des russischen Geldes zu äußern. Die Möglichkeit der Erlangung des russischen Geldes, durch das die Verträge von Friedensbindungen und Verbindungen zu großen Tagungen, bald veranlassen die Wirtschaftsführer, die Kirchen, die Pädagogen ihre Kongresse, zu denen Vertreter aus aller Welt Betreibensstellung und Konferenz, die im Sommer 1932 in Berlin, stattfinden wird, darf unter diese Veranstaltungen gerechnet werden. Wenn diese Weltausstellungen auch in erster Linie anderen Zwecken dienen, so wird doch auch sie zur internationalen Verständigung in etwa beitragen.

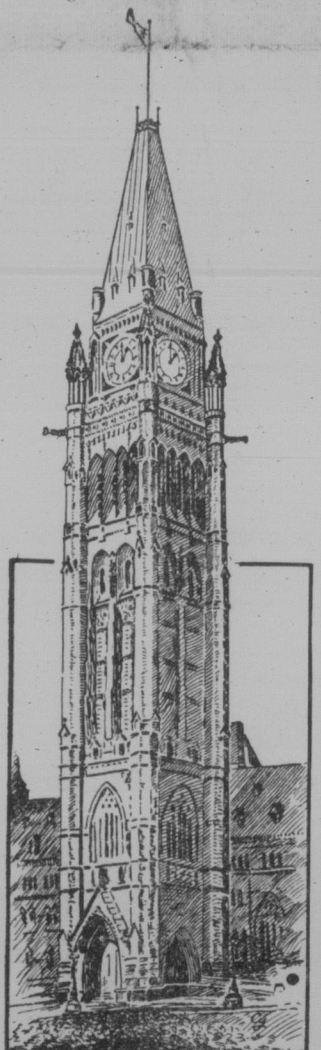
„3 fundamentale Zivilisationen“

Italienischer Abgeordnete gegen Zurücksetzung Deutschlands

Rom. — Der Abgeordnete Gaetano Polverelli forderte bei der Einreichung des Budgets für 1931 in der italienischen Deputiertenkammer die Auflösung aller Waffenbündnisse in Europa.

„Europa hat drei fundamentale Zivilisationen“, erklärte Polverelli, „die französische, die italienische und die deutsche.“ Alle drei haben das Recht, auf der Grundlage moralischer Gleichberechtigung neben einander zu bestehen. Sie in Einflanz zu bringen, ist eine höchst verdienstvolle Aufgabe.“

Der Redner hob Italiens Anteil an dem Zustandekommen des kirchlich geschlossenen „Völkervertrages“ mit Frankreich und England hervor und betonte die Wichtigkeit der Vereini-



Der Friedenssturm in Ottawa.